Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21208. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 130. Dienstag, 7. Juni 1921, abends. **74. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarisches Satz 50 % Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Zeilenpreise. Bei Klage oder Konkurs erlischt jeder Rabattanspruch, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Finanzamt Riesa hat auf Antrag des Kirchenvorstands zu Riesa uns mit der Erhebung eines **Grundsteuer-Kirchenzuschlags** auf das Rechnungsjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) beauftragt und zwar sollen **von den evangelisch-lutherischen Grundstücksbesitzern in der Stadt Riesa** auf je 1000 M. des für die städtische Grundsteuer maßgebenden gemeinen Werts ihrer Grundstücke 80 Pfg. eingehoben werden.

Als Zahlungstermin ist

der 20. Juni 1921

bestimmt worden.

Wir geben dies hiermit bekannt und fordern die Beitragspflichtigen zur fristgemäßen Zahlung auf.

Steuerzettel werden, um die verhältnismäßig hohen Kosten zu sparen, wegen dieses Zuschlags nicht zugestellt.

Der Rat der Stadt Riesa, am 6. Juni 1921. K.

Ausschreibung.

Zur Errichtung zweier 4 Familien-Doppel-Häuser für die Gemeinde **Röderau** sollen die **Erd-, Mauer- und Zimmerarbeiten** vergeben werden. Preislisten sind im Gemeindeamte gegen Bezahlung der Herstellungskosten erhältlich, daselbst liegen auch die Vorbedingungen über Ausführung der Arbeiten aus.

Die ausgefüllten Preislisten sind versiegelt und mit der Aufschrift „Kleinwohnungsbau" versehen bis 14. Juni d. J. nachmittags 6 Uhr im Gemeindeamte einzureichen.

Die freie Auswahl unter den Bewerbern sowie die Ablehnung aller Angebote bleibt vorbehalten. Die Bewerber bleiben bis 30. Juni d. J. an ihr Angebot gebunden.

Röderau, den 7. Juni 1921. **Der Gemeinderat.**

Neue Schwierigkeiten in Oberschlesien.

Kandrzin vom deutschen Selbstschutz erobert.

Wie ein Berliner Blatt meldet, hat der **deutsche Selbstschutz** unter schweren Kämpfen und Verlusten den wichtigen Bahnknotenpunkt **Kandrzin** erobert, worauf die Aufständischen auch **Ujest** räumten.

General Höfer soll den deutschen Selbstschutz zurückziehen.

Die Interalliierte Kommission hat dem General **Höfer** folgende Note übermittelt:

Die Interalliierte Regierungskommission Oberschlesiens hat Kenntnis erhalten von dem **deutschen Vormarsch** in der Gegend von **Ujest**. Sie **befiehlt** dem General Höfer, seine Truppen in die Linie Leschnitz, Dola **zurückzuziehen**. Letztere Orte bleiben zur Verfügung des Generals Höfer. Falls die ersten Bewegungen zur Ausführung dieser Bestimmungen nicht innerhalb 12 Stunden nach Ueberreichung dieser Note begonnen haben, wird die Kommission die Maßnahmen in Anwendung bringen, die Gegenstand der am 21. Mai an Herrn von Moltke gerichteten Note waren, und die die **Zurückziehung der alliierten Truppen aus den Städten des Industriegebietes** vorsahen. Anderseits teilt die Kommission mit, daß sie den polnischen Insurgenten untersagen wird, diejenigen Orte wieder zu besetzen, die sie am 3. Juni abends geräumt haben.

Le Rond, de Martini, Harald Stuart.

In seiner Antwort erklärte General **Höfer**, daß seit fünf Wochen die deutsche Bevölkerung mit leidenschaftlicher Ungeduld auf die Befreiung des von den polnischen Insurgenten besetzten Gebietes wartet. Nur die bestimmte Hoffnung auf das endliche tatkräftige Eingreifen der interalliierten Truppen machte es möglich, den Selbstschutz von größeren Unternehmungen zurückzuhalten und ihn zu veranlassen, sich mit der Abwehr polnischer Angriffe unter Festigung der eigenen Stellungen zu begnügen. Der Selbstschutz besteht aus Formationen, die allein durch das gemeinsame Bestreben, ihren schwer bedrängten Brüdern zu Hilfe zu kommen, zusammengehalten werden.

Ich habe nicht die Macht und vermag es auch nicht im Hinblick auf die deutschgesinnte Bevölkerung, die Selbstschutzverbände aus den Ortschaften, deren Schutz sie übernahmen, zurückzurufen, zumal nach den bisherigen Erfahrungen ich nicht die Gewähr dafür bieten kann, daß in den geräumten Gebieten deutsches Leben und Eigentum geschützt bleiben. Die Zurückziehung des Selbstschutzes aus den befreiten Ortschaften ist unausführbar. Ich appelliere an das soldatische Empfinden der Vertreter der interalliierten Mächte. Die Forderung steht aber auch in völligem Gegensatz zu dem, was als Recht der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens vor dem englischen Parlament feierlich anerkannt ist. Die Drohung mit der Zurückziehung der französischen Truppen aus den Städten des Industriegebietes bindet mir vollends die Hände. Ihre Durchführung würde die Preisgabe auch dieser besonders wichtigen Teile von Oberschlesien an die Insurgenten und damit eine direkte Förderung des polnischen Aufstandes bedeuten. Die Verwirklichung dieser gegen Recht und Vertrag verstoßenden Drohung würde eine ungeheure Empörung in allen deutschgesinnten Teilen der Bevölkerung, insbesondere auch in den Reihen des Selbstschutzes auslösen und vor aller Welt die völlige Schutzlosigkeit unserer Landsleute dartun. Mich aber würde sie außerstande setzen, dann noch auf den Selbstschutz einen Einfluß zur Selbstbeherrschung und Ordnung auszuüben, dem ich bisher Geltung verschafft habe.

Höfer, Generalleutnant und Führer des oberschlesischen Selbstschutzes.

Eine Erklärung des englischen Kommandanten.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." hat General **Henniker**, der die Führung der **englischen Truppenverstärkungen** in Oberschlesien übernommen hat, gestern mit dem Befehlshaber des deutschen Selbstschutzes Generalleutnant Höfer eine Besprechung gehabt über das weitere Verhalten der Selbstschutzorganisation. Blättermeldungen zufolge erklärte der Kommandant der englischen Verstärkungstruppen dem General Höfer, daß er ausführendes Organ der interalliierten Kommission sei und daß er und seine Truppen keine eigenen Vollmachten hätten. Er sei verpflichtet, dem deutschen Selbstschutz vorläufig **jedes weitere Vorgehen zu untersagen.** Das Gleiche werde auch von den Insurgenten verlangt. Falls diese dem Befehl nicht nachkämen, würden überall da, wo Angriffe stattfänden, englische Truppen eingesetzt werden.

Wie die Blätter aus Oppeln melden, dauern die **englischen Truppentransporte** nach Oberschlesien weiter an. Es treffen jetzt besonders Tanks, schwere Geschütze und Flugzeuge ein. Die Engländer ziehen in dem Raume von Groß-Stein und Stubendorf immer mehr Truppen zusammen.

Die Franzosen gegen General Höfer.

Dem Pariser „Journal" wird von seinem Berliner Berichterstatter gedrahtet: Den abscheulichen Akten und Räubereien sowie Morden der Rebellen des Generals **Höfer** muß ein für alle Mal ein Ende bereitet werden. Die französische Regierung darf nicht in Berlin vorstellig werden, wo die Regierung übrigens vollständig **ohnmächtig** ist. Die Franzosen sollten, um wirklich etwas zu erreichen, die **Strafmaßnahmen** ergreifen, die sie für notwendig erachten.

Neue Angriffsaktionen der Aufständischen.

Der gestrige Tag brachte **neue Angriffsaktionen der Aufständischen.** In den nördlichen Kreisen mußten mehrfach Vorstöße der Aufständischen zurückgewiesen werden. Die Dörfer **Eudorf** und **Pruskau**, sowie **Amaliendorf** wurden von polnischer Artillerie stark beschossen. Zahlreiche Häuser wurden durch Volltreffer zerstört. Bei **Zembowitz** beteiligte sich ein polnischer Panzerzug an den Kampfhandlungen. Im Gebiet bei Landberg erhielten die Aufständischen Verstärkungen. Starke polnische Angriffe werden aus der Gegend von Krappitz gemeldet. Besonders bildet der Bahnhof von **Kandrzin** das Ziel polnischer Vorstöße, doch blieben der Personen- u. Güterbahnhof in der Hand der deutschen Verteidiger. Angriffe versuchten die Insurgenten auf **Slawentzitz**, die jedoch mißlangen. Bei **Birawa** im Kreise Cosel starke Feuertätigkeit. Die heftigen Angriffe auf **Alt-Cosel** wurden durch drei polnische Panzerzüge unterstützt. Die Angriffe mißlangen. Im Kreise Ratibor wurde die **Oderbrücke bei Lapatsch** durch polnische Sprengungen neuerdings schwer beschädigt. Auf dem Bahnhof **Tarnowitz** sind ähnlich wie in **Kattowitz** und **Beuthen** von den Aufrührern 13 Lokomotiven gestohlen worden. In **Hindenburg** sind, wie bis jetzt feststeht, 28 deutsch gesinnte Oberschlesier den polnischen Aufständischen zum Opfer gefallen. Nach Nachrichten aus dem Zentralrevier ist die Lage der Industrie trostlos. Die Halden machen eine Förderung größeren Umfanges unmöglich. Wenn auch einzelne Hütten über genügende Kohlenmengen verfügen, so ist doch infolge Rohstoffmangels in den nächsten Tagen die Stillegung zahlreicher Betriebe zu erwarten.

Die bisherige **französische Besatzung** der Stadt **Pleß** ist am 5. ds. Mts. **abgerückt.** Man befürchtet eine neue Besetzung der Stadt durch die polnischen Insurgenten.

Die Niedermetzelung italienischer Soldaten.

Die Berliner Blätter berichten Einzelheiten über die Niedermetzelung der italienischen Soldaten, die die Besetzung der Dubenskogrube in Oberschlesien gebildet hatten. Nachdem man ihnen die Waffen weggenommen hatte, mußten sie fortlaufen. Es wurde dann solange auf sie geschossen, bis sie alle tot zusammenbrachen. Vorher hatten sie den polnischen Insurgenten Hände und Füße küssen müssen. Auch der Kommandant der Italiener, der mit hochgehobenen Händen über den Grubenhof gehen mußte, wurde aus kurzer Entfernung erschossen.

Die Vertrauensbasis der Regierung.

Aus Berlin schreibt man uns: Mit allen Mitteln parlamentarischer Technik und Spitzfindigkeit hat man unter Zuhilfenahme verschieden zusammengesetzter Mehrheiten der „Regierung der Erfüllung" eine Arbeitsfrist gesichert, in der sie ihr „beredtes Schweigen" aller oppositionellen Programmneugier gegenüber mit einem Inhalt füllen soll. Den augenblicklichen Verwaltern der verschiedenen Regierungsressorts ist es selbstverständlich ebenso klar wie jedem politischen Beobachter, daß auf der durch die verwickelte Doppelabstimmung geschaffenen Basis keine irgendwie ins Gewicht fallende Leistung möglich ist. Die Verbreiterung der Vertrauensbasis hat also nach Zustandekommen des Kabinetts womöglich noch größere Bedeutung als vorher. In der großen Aussprache klang dieser Wunsch durch die Reden aller regierungstellhabenden Parteien und auch der Regierungsvertreter selbst hindurch. Die Art und Weise, wie diese Verbreiterung bisher angestrebt ist, scheint aber eher zu einer „Verengerung", d. h. also zu einem Zusammenbruch der schon bestehenden Minderheitskoalition zu führen. Während Herr Petersen der U. S. P. entschieden abwinkte und die „Deutsche Volkspartei" auf Drängen einflußreicher Kreise seiner Partei umwarb, verfolgt die Mehrheitssozialdemokratie die entgegengesetzte Politik, wenn auch Hermann Müller die schroffe Ablehnung seines Freundes Wels gegenüber der Deutschen Volkspartei wesentlich abgemildert hat. Das Zentrum ist gegenüber dieser auch von ihm als notwendig anerkannten Verbreiterung als Partei ziemlich passiv geblieben. Dr. Wirth allerdings hat nach einer Richtung hin Fühlung genommen, die bis in die Kreise seiner Partei hinein Befremden erregt hat. Der „privaten" Besprechung mit Dr. Breitscheid, dem mit den Waffern aller Parteien gewaschenen Salon-Bolschewisten, ist eine Demonstration gefolgt, die im Strudel der Schlußabstimmung leider nicht die verdiente Beobachtung gefunden hat. Im Gegensatz zur Mehrheit seiner eigenen Partei und, was besonders ins Gewicht fällt, im Gegensatz zu den Erklärungen seines Ministerkollegen Schiffer, ist Reichskanzler Wirth für die mehrheitssozialistische Fassung der Kommunisten-Amnestie eingetreten, durch die die Mordbrenner in Mitteldeutschland wieder auf freien Fuß gesetzt werden sollen. Eine solche Geste dürfte nicht dazu dienen, die Vertrauensbasis der heutigen Regierung, die gerade in den aufbauenden und ordnungsliebenden Kreisen sehr schmal ist, fruchtbringend zu verbreitern. Mit U. S. P.-Vertrauen aber ist es wohl möglich, durch Sozialisierungsexperimente die Wirtschaft zu ruinieren, nicht aber die Produktion und dadurch die Leistungsfähigkeit gegenüber den Forderungen des Ultimatums zu steigern.

Kommunist Brandler vor dem Sondergericht.

Vor dem **Sondergericht Berlin** begann gestern der Prozeß gegen den Parteisekretär und Vorsitzenden der Zentrale der vereinigten kommunistischen Parteien Deutschlands Heinrich Brandler wegen Hochverrats, Aufreizung zum Klassenhaß und Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze. Brandler wird der „B. Z. am Mittag" zufolge von der Anklage als verantwortlich für die März-Unruhen in Mitteldeutschland und Hamburg angesehen. Der Staatsanwalt beantragte sieben Jahre Festungshaft. Das Sondergericht verurteilte Brandler zu **fünf Jahren Festungshaft.**

Der Termin der Verhandlung gegen Max Hölz vor dem Berliner Sondergericht ist laut „Achtuhr-Abendblatt" auf Montag, den 13. Juni festgesetzt worden. Hölz wird wegen 50 einzelner Straftaten, die er zurzeit des Aufruhrs in Mitteldeutschland begangen hat, sich zu verantworten haben. Für die Verhandlung, zu der 72 Zeugen und vier Sachverständige geladen sind, sind acht Tage in Aussicht genommen.

Ein Mörder der Rosa Luxemburg festgenommen? Wie die „Freiheit" erfährt, wurde der Leutnant Krull unter dem Verdacht verhaftet, an der Ermordung von Rosa Luxemburg beteiligt gewesen zu sein. Er habe sich Kameraden gegenüber der Ermordung gerühmt und eine Rosa Luxemburg gehörige Uhr zum Verkauf angeboten.

Zur Dieselmotorenfrage

hat die Botschafterkonferenz am 4. d. M. der Deutschen Botschaft in Paris ein vom Ministerpräsidenten Briand unterzeichnetes Schreiben vom 1. Juni 1921 übersandt, in dem es u. a. heißt: Die Konferenz gewährt der deutschen Regierung eine Verlängerung der für den zu industriellen Zwecken erfolgenden Umbau der noch nicht umgebauten Dieselmaschinen gesetzten Frist bis zum 30. September 1921. Jedenfalls ist dem Vorsitzenden der interalliierten Marineüberwachungskommission über den Stand des Fortganges der Arbeiten bis zum 30. September d. J. Bericht zu erstatten. Die umgebauten Maschinen sind unter den von der interalliierten Marineüberwachungskommission als befriedigend erachteten Bedingungen einzubauen. Alle diejenigen Teile der Maschinen, welche zu beseitigen sind, um den Umbau zu ermöglichen, sind als Kriegsmaterial anzusehen. Als solches müssen sie unter der Kontrolle der interalliierten Kommission zerstört werden. Die Konferenz hat andererseits festgestellt, daß 84 Maschinen in Widerspruch mit den Bestimmungen des Vertrages exportiert worden sind. Sie behält sich vor, dieserhalb der deutschen Delegation eine weitere Mitteilung zugehen zu lassen.

Der Beginn der Entwaffnung in Bayern.

Aus **München** wird gemeldet: Der Landeskommissar für Entwaffnung der Zivilbevölkerung erläßt eine Bekanntmachung betr. die Waffenabgabe der Einwohnerwehr. Danach muß bis 10. Juni auf Grund des Ultimatums der Entente die Ablieferung der Geschütze und Maschinengewehre der Selbstschutzorganisationen, bis 30. Juni ferner die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, die unter das Entwaffnungsgesetz fallen, sowie der zugehörigen Munition der interalliierten Kontrollkommission in Berlin amtlich angezeigt sein. Die bayerischen Einwohnerwehren beschlossen, die Entwaffnung freiwillig durchzuführen und die Ablieferung an die Treuhandgesellschaft so rechtzeitig erfolgen zu lassen, daß die von der interalliierten Militärkontrollkommission vorgeschriebenen Fristen gewahrt werden können. An die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehren ergeht die Aufforderung, die in ihrer Hand befindlichen auf Grund des Entwaffnungsgesetzes abzuliefernden Militärwaffen nebst Munition nach Maßgabe der von der Leitung der Einwohnerwehren bereits bekanntgegebenen näheren Weisungen an ihre Organisation unverzüglich abzuliefern. Die Nichtbefolgung der Anordnung wird gemäß § 13 des Entwaffnungsgesetzes bestraft.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Neuregelung der Brotversorgung. Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde der Gesetzentwurf über die Neuregelung der Brotversorgung weiterberaten. Reichsernährungsminister Hermes versicherte, daß aus den vorhandenen und demnächst zu erwartenden Vorräten eine genügende Reserve für die Einführung des Umlageverfahrens zustandekommen wird, daß diese aber nicht für den Uebergang zur freien Wirtschaft ausreiche. Das Ablieferungssoll sei von den Kommunalbehörden festgestellt worden. Auf Grund dieser Feststellungen und anderer Ermittelungen hat man dem Standpunkt der Landwirtschaft Rechnung ge-